

Stadtverwaltung Kamp-Lintfort . Postfach 10 17 60 . 47462 Kamp-Lintfort

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucher-
schutz des Landes NRW
Herrn Minister Johannes Remmel
Schwannstr. 3
40476 Düsseldorf

12. Dezember 2013
**Sonderabfalldeponie Eyller Berg – Standsicherheit und
bergbauliche Einwirkungen**
Besprechung in Ihrem Hause am 6. Dezember 2013
Ihre Schreiben v. 18.10.2012 u. 20.12.2012

Stadt Kamp-Lintfort
Am Rathaus 2
47475 Kamp-Lintfort

Telefon +49 2842 912-0
Fax +49 2842 912-367
info@kamp-lintfort.de
www.kamp-lintfort.de

SWIFT-BIC DUISDE33
IBAN DE53 3505 0000
0760 1116 66

Gläubiger-ID DE 82 060
00000065423

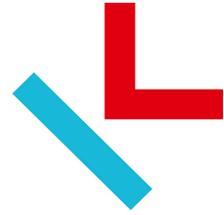
Bürgermeister
Prof. Dr.
Christoph Landscheidt

Sehr geehrter Herr Minister Remmel,

im letzten Gespräch mit Ihnen sind auch die Standsicherheit der Deponie Eyller Berg und Fragen zu bergbaulichen Einwirkungen zur Sprache gekommen.

Die Stadt Kamp-Lintfort hat sich mit diesem Themenkomplex beschäftigt und unter anderem eine Stellungnahme des Sachverständigen Dr. Becker eingeholt, eigene Ermittlungen zu Bewegungen der Tagesoberfläche durchgeführt und eine Reihe von Gesprächen mit den Aufsichtsbehörden, dem Geologischen Dienst, der RAG, der LINEG und den Bürgerinitiativen geführt.

In der Sitzung am 28.02.2013 befasste sich der Umweltausschuss mit bergbaulichen Einwirkungen auf die Deponie. Dr. Becker stellte sein Exposé vor und Vertreter der Bezirksregierungen, des Geologischen Dienstes und der RAG nahmen teil, um Stellungnahmen abzugeben und Fragen des Ausschusses und der Bürger zu beantworten. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass Fragen zur Sicherheit noch offen geblieben sind. Vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen Einwirkung des Bergbaus auf den Eyller Berg und die dortigen Deponien sollten weiterführende Gespräche zwischen Vertretern der Stadt und den zuständigen Stellen geführt werden, um die entsprechenden Punkte zu klären und verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen.



Es fand ein Behördengespräch am 16.05.2013 statt. Die Stadt Kamp-Lintfort hatte die Erwartung, dass dieses Gespräch zielführend im Hinblick auf die Beantwortung der offenen Fragen und auf die Festlegung von konkreten Maßnahmen sein würde (s. Ablaufplanung, Anlage).

Die Stadt forderte im Gespräch solche Maßnahmen von den Aufsichtsbehörden ein.

Deren Vertreter lehnten dies jedoch ab und führten an, dass der Aufwand hoch wäre und die Ergebnisse zu verunsichernden Diskussionen führen würde. Die Stellungnahme von Dr. Becker entbehre einer fachlichen Grundlage. Die Übermittlung von behördlichen Untersuchungsergebnissen an die Räte der betroffenen Kommunen und an die Bürger sei wegen der komplexen Materie problematisch (s. Vermerk der BZR Düsseldorf zur Besprechung, Anlage).

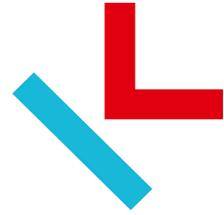
Diese Haltung der Bezirksregierungen Düsseldorf und Arnsberg ist für mich und – wie sich auch in der letzten Umweltausschusssitzung zeigte - für die Bürger der Stadt befremdlich. Das Besprechungsergebnis war für die Stadt insgesamt unbefriedigend, da wesentliche Fragen nicht beantwortet und Maßnahmen nicht zugesagt wurden.

Herr Minister, in Ihren Schreiben führen Sie aus, dass der Geologische Dienst das Basisabdichtungssystem untersucht habe und keine Gefährdung durch Verformungen erwarte.

Ausdrücklich hat der Geologische Dienst die Stadt jedoch mehrfach – zuletzt in der Umweltausschusssitzung am 7. November – darauf hingewiesen, dass er Untersuchungen ausschließlich im Deponieabschnitt VI durchgeführt habe und zu anderen Deponiebereichen sowie zu den Deponieböschungen keine Aussage treffen könne.

Die DSK und die Bezirksregierung Arnsberg haben in ihren Stellungnahmen ebenfalls konkrete Aussagen nur zum DA VI getätigt und in 2000 dort geringe Senkungen prognostiziert. Aus Ihrem Schreiben v. 20.12.2012 geht weiterhin hervor, dass der Bezirksregierung Arnsberg keine Hinweise vorlägen, wonach außerhalb der prognostizierten Einwirkungsbereiche des Bergwerks West bergbaubedingte Bodenbewegungen eingetreten seien. Der Stadt Kamp-Lintfort gegenüber hatten Vertreter der RAG allerdings geäußert, dass seit längerem Messungen zur Erfassung von tatsächlich eingetretenen Senkungen im Bereich des Eyller Berges nicht durchgeführt werden.

Die Sonderabfalldeponie Eyller Berg, die RAG-Deponie und die alte Hausmülldeponie (Altlast) sind nicht Gegenstand der Kontrolle, welche gemäß dem „Monitoringkonzept zur Erfassung der bergbaulichen Einwirkungen im Bereich des Bergwerks West für den Zeitraum bis 2019“ der Bez. Reg. Arnsberg erfolgt. Der Stadt gegenüber wurde dies damit begründet, dass der Eyller Berg außerhalb des im



Rahmenbetriebsplan dargestellten Einwirkungsbereiches liege. Dagegen werden die Mineralstoffdeponie Asdonkshof in Kamp-Lintfort und die ehemalige Siedlungsabfalldeponie Winterswick in Rheinberg von der Kontrolle erfasst. Letztere liegt ebenfalls außerhalb des v.g. Einwirkungsbereiches.

Ich bin der Auffassung, dass die Sonderabfalldeponie Eyller Berg wegen ihres hohen Gefährdungspotentials für die Umwelt und aufgrund des Vorhandenseins von mindestens einer Erdstufe, deren Reaktivierung nicht ausgeschlossen werden kann, vorrangig einer dauernden behördlichen Überwachung bedarf und Gegenstand des Monitorings sein muss. Da in dieser Hinsicht offenbar Defizite vorhanden sind, unterstütze ich das Begehren der Bürgerinitiative nach Erstellung eines neutralen Gutachtens mit dem Ziel, belastbare Aussagen zur Beschaffenheit der Basisabdichtung aller 7 Deponieabschnitte und zur Standfestigkeit der drei Deponien des Eyller Berges einschließlich der alten Hausmülldeponie zu erhalten.

Mit dem v.g. neutralen Gutachten sollen insbesondere Feststellungen zu bergbaulichen Einwirkungen getroffen werden, die in die Zuständigkeit der Bergbehörde fallen. Wegen der Finanzierung und Vergabe des Gutachtens ersuche ich Sie deshalb, ein Übereinkommen mit Herrn Minister Garrelt Duin anzustreben.

Ich darf Ihnen versichern, dass sowohl der Rat der Stadt als auch ich selbst bereit sind zur Auseinandersetzung mit dieser komplexen Materie, um unserer Verantwortung für die Bürger und die natürlichen Ressourcen unserer Stadt gerecht zu werden.

Daher bitte ich Sie, sich dafür einzusetzen dass die Stadt Kamp-Lintfort als Standortkommune vollumfänglich einbezogen wird, wenn Entscheidungen zur Deponie und zur Wiederherstellung des Eyller Berges anstehen oder Untersuchungen durchgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Notthoff